



Vom 16. bis zum 17. Juni 2011 fand in Namur, Belgien, ein vom CET (Centre Européen du Travail) mit der Unterstützung der EZA und der europäischen Union organisiertes Seminar über das Thema „Mehr und bessere Jobs - die Europa 2020-Strategie“ statt.

Aufgrund der Abwesenheit des erwarteten Referenten Herrn Lozano wurde beschlossen, einen großen Teil des Vormittags der Präsentation des Exposés von Herrn Ronald Janssen über das Thema der kürzlich von der Kommission vorgeschlagenen europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung und der Diskussion darüber zu widmen. Herr Janssen hat auf sehr argumentierte Weise die fehlenden sozialen Perspektiven dieses Vorschlags hervorgehoben. Der ausführliche Bericht über das Exposé von Herrn Janssen wird in der Sondernummer der Zeitschrift «Humanisme et Solidarité», die im kommenden September (direkt nach der Sommerpause) erscheinen wird, zu finden sein.

Wir heben einige Teile dieses Berichts hervor.

- Die von der Kommission präsentierte wirtschaftspolitische Steuerung steht hinsichtlich des Ranges der Union im weltweiten Wettbewerb in einem gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Kontext. Es handelt sich im Grunde um die Organisation und Vorbereitung der zukünftigen Diskussionen und Entscheidungen verschiedener Instanzen der EU in einem Rahmen, der die soziale Dimension überhaupt nicht berücksichtigt, die die europäische Politik haben sollte. Beteiligt an dieser Debatte sind die Europäische Kommission, die Generaldirektion ECFIN und die Finanzminister.  
Die vorgeschlagene Politik wird sich nun aber in Form erheblicher, um nicht zu sagen dramatischer Auswirkungen in Bezug auf die Löhne und Gehälter in allen EU-Ländern niederschlagen (Einfrieren, ansonsten Reduzierung der Löhne und Gehälter sowie der Kaufkraft).  
Die soziale und sozialwirtschaftliche Dimension wird überhaupt nicht beachtet, was in den kommenden Wochen heftige gewerkschaftliche Reaktionen auslösen wird.  
Das derzeitige soziale Gleichgewicht, das lange Zeit eine spezifische Besonderheit der europäischen Union gewesen ist, wird allem Anschein nach aufgegeben.
- Aus den Exposés, die von den für Einrichtungen zur berufssoziologischen Integration ausgegrenzter Gruppen verantwortlichen Sozialarbeitern präsentiert wurden, sind zwei besonders interessante Initiativen im Auge zu behalten:
  1. Spanien, Barcelona: die Stiftung Trinijove hat mit dem Flughafen von Barcelona eine Vereinbarung getroffen, aufgrund welcher der Flughafen Trinijove mit der Wartung beauftragt. Die Wartung wird von Personen erbracht, die sozial ausgegrenzt waren und von Trinijove ausgebildet wurden.

Es handelt sich also um eine Politik, die sich aus einer Synergie Organisation/Unternehmen ergibt und die eine ständige Garantie für die Wiederaufnahme von Arbeit von ausgegrenzten Gruppen gewährleistet, die je nach ihrer in erhaltenen passenden Ausbildung und der Integration in einen spezifischen Arbeitsmarkt anschließend in den normalen Kreislauf des Arbeitsmarktes eingegliedert werden können.

2. Frankreich, Lyon: Uni-Est stellt den Unternehmen auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift für den Großraum Lyon (und zwar eine spezifische Maßnahme innerhalb des vom Großraum vorgeschlagenen öffentlichen Auftragswesens) Jugendliche in der Eingliederungsphase zur Verfügung. Die Unternehmen, die diese Eingliederungsbedingungen nicht beachten, haben keinen Zugang zu diesen öffentlichen Aufträgen.

Es handelt sich folglich um eine echte Synergie zwischen den Behörden und dem assoziativen Sektor. Ausgegrenzte Jugendliche, die bei Uni-Est ausgebildet werden – Ausbildungen, die dem Bedarf der Unternehmen entsprechen – werden so für die Wiedereingliederung in den klassischen Arbeitsmarkt qualifiziert.

- Debatte Business Europe und C.E.S: diese Debatte wurde über die Bedeutung der Regelung auf Gemeinschaftsebene im Bereich der Beschäftigungslage und der sozialen Angelegenheiten geführt. Zwischen diesen beiden europäischen Sozialpartnern ist eine erhebliche Divergenz aufgetreten. Während Business Europe ein Verhaltenskodex völlig ausreichend erscheint, ist die C.E.S. der Ansicht, dass in zahlreichen Bereichen, insbesondere in sozialen, verbindliche Gemeinschaftsregeln "ERGA HOMES" aufgestellt werden sollten.

Im Übrigen haben die beiden Vertreter der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsorganisationen ihren gemeinsamen Willen zur Wiederaufnahme der Kontakte und des sozialen Dialogs im zweiten Halbjahr 2011 mitgeteilt.

- Vier allgemeine Überlegungen der Seminarteilnehmer:
  - der neue Vorschlag der Kommission bezüglich neuer Kompetenzen für neue Beschäftigungsverhältnisse liefert drei Aussagen: Kompetenzen entwickeln, anpassen und vorhersehen, berücksichtigt aber überhaupt nicht die Problematik ausgegrenzter Gruppen (bis zu 40% der Jugendlichen in bestimmten Regionen der Union)
  - unabhängig von den weiter oben erwähnten Einkommensproblemen wird die von der Kommission präsentierte wirtschaftliche Steuerung bereits ausgegrenzte Gruppen noch weiter ausgrenzen.
  - die Teilnehmer sind sehr an der Verpflichtung der Sozialpartner zur Wiederaufnahme des europäischen sozialen Dialogs interessiert gewesen.